

Offizielles  
[Biographie](#)  
[Wahlkreis](#)  
[Bundestag](#)

## Peter Zumkley Mitglied des Bundestages Senator a.D.



Direkt vom MdB  
[Homepage](#)  
[Kontakte](#)  
[Links](#)

[Pressemitteilungen](#)  
[E-Mail](#)

### Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen 18. Januar 2001

*Zur Verwendung uranhaltiger Munition im Rahmen von NATO-Kampfeinsätzen hat der Verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Peter Zumkley**, in der Aktuellen Stunde am 18. Januar 2001 ausgeführt:*

Die derzeitige zuweilen aufgeregte und emotionale Debatte wird von einigen so geführt, als wäre diese Munition erst im Kosovo zum Einsatz gekommen. Aufgrund von Stimmungen, scheint mir, werden gelegentlich politische Interessen verfolgt, die mit der eigentlichen Sache nichts zu tun haben.

Darüberhinaus frage ich Sie - meine Damen und Herren von der Opposition - warum haben Sie dieses Problem, als Sie noch die Regierungsverantwortung trugen, nicht aufgegriffen?

Auf Anfragen meines Kollegen Georg Pfannenstein aus den Jahren 1995 und 1997 hat die damalige Regierung mitgeteilt, dass keine Gefährdung von uranangereicherter Munition ausgeht.

Um so verwunderlicher finde ich die jetzigen Vorwürfe gegen den Bundesminister der Verteidigung.

Er hat seit dem Frühjahr 1999 den Verteidigungsausschuss fortlaufend über den Einsatz uranangereicherter Munition und die von ihr möglicherweise ausgehenden gesundheitlichen Gefährdungen unterrichtet. Von mangelnder Informationspolitik zu sprechen, ist einfach falsch.

Er hat im Juni 1999, schon zu Beginn des Einmarsches in den Kosovo, zusätzliche Schutzmaßnahmen erlassen, um eine Gefährdung unserer Soldaten auf dem Balkan durch diese Munition auszuschließen.

Ebenfalls durch ihn wurde im Mai 1999 ein unabhängiges wissenschaftliches Institut mit der Untersuchung der Problematik von DU-Munition beauftragt.

Er hat in der vergangenen Woche mit einer Gruppe namhafter unabhängiger Wissenschaftler zum Thema DU-Munition Gespräche geführt und die Öffentlichkeit über das Ergebnis unterrichtet.

In der gestrigen Sitzung des Verteidigungsausschusses hat der Bundesminister nochmals umfassend informiert und die Ausschußmitglieder aufgefordert, weitere Vorschläge zu den laufenden DU-Untersuchungen einzubringen. Mir ist nicht bekannt, dass bis jetzt irgendwelche Beiträge oder Verbesserungsvorschläge eingegangen sind.

Bisher liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass es bei Soldaten der Bundeswehr zu Erkrankungen gekommen ist, die auf den Kontakt mit uranangereicherter Munition oder die Aufnahme von ihr abgeleiteter Substanzen zurückgeführt werden könnten.

Gleichwohl unterstützen wir ausdrücklich die zur Zeit laufenden nationalen und im Rahmen der NATO durchgeführten Untersuchungen. Das geringste Gefährdungsrisiko für die Gesundheit der Zivilbevölkerung und der Soldaten - wenn es denn eines gibt - muß umfassend untersucht werden. Dies gilt auch für

.....  
die Problematik in bezug auf angeblich sehr geringe Bestandteile von Plutonium in diesem Zusammenhang.

Zur Zeit wird DU-Munition von den Verbündeten nicht eingesetzt. Dies entspricht faktisch dem von uns angestrebten Moratorium auf den Verzicht dieser Munition. Die Bundeswehr hat und braucht diese Munition nicht.

Wir befürworten die gemeinsame Initiative der Bundesregierung mit anderen NATO-Partnern, auf Besitzer von uranabgereicherter Munition einzuwirken, damit diese auf deren Einsatz zukünftig verzichten. Es geht in jedem Fall um den Schutz von Soldaten - wie auch der Zivilbevölkerung gleichermaßen. Beide sind vor den Folgewirkungen von Munition und Waffen jedweder Art zu schützen.

In diesem Zusammenhang sollte auch der vielseitigen zivilen Verwendung von uranabgereicherter Material, z. B. im Flugzeugbau, Beachtung geschenkt werden.

Eventuelle gesundheitliche Schäden unserer Soldaten durch Röntgenstrahlen, die bei Erzeugung der Radarstrahlen entstehen, müssen sorgfältig untersucht werden. Die vorliegenden Studien beziehen sich auf den Zeitraum Anfang der 70-er bis Anfang der 90-er Jahre.

Die vom Verteidigungsminister in Auftrag gegebene neue Studie wird ausdrücklich begrüßt. Sie dient dazu festzustellen, ob durch mangelnden Schutz, mangelnde technische Kenntnisse oder durch Fahrlässigkeit Erkrankungen entstanden sind, die als Wehrdienstbeschädigungen anerkannt werden müßten.

Sollte ein ursächlicher Zusammenhang festgestellt werden, muß den betroffenen Menschen bzw. ihren Angehörigen unverzüglich geholfen werden. Es ist auch zu prüfen, ob die Radaranlagen ausreichend abgeschirmt waren und die geltenden Sicherheitsbestimmungen eingehalten wurden. Sollte dies nicht der Fall sein, ist umgehend Abhilfe zu schaffen. Wir werden dies parlamentarisch weiter mit Nachdruck verfolgen.